

CSU-Fraktion, Unterer Graben 77, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Lösel

Datum 14.05.2018

Telefon (0841) 9 38 04-15

Telefax (0841) 9 38 04-24

E-Mail fraktion@csu-ingolstadt.de

Gremium	Sitzung am
Stadtrat	28.06.2018

Einrichtung eines Pflegestützpunktes -Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 14.05.2018-

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CSU-Stadtratsfraktion bittet die Verwaltung zu prüfen,

1. ob und inwieweit zum jetzigen Zeitpunkt eine Beratung in Pflegeangelegenheiten angeboten werden kann,
2. ob und inwieweit aus Sicht der Stadtverwaltung der Bedarf und die Möglichkeit besteht, einen unabhängigen Pflegestützpunkt als Ergänzung des bestehenden Angebots für Ingolstadt einzurichten,
3. welche Kosten, soweit nach jetzigem Kenntnisstand möglich, durch einen solchen Stützpunkt voraussichtlich entstehen.

Begründung:

Schon im Jahr 2001 wurde durch den ehemaligen Stadt- und Bezirksrat Rudolf Geiger der CSU-Fraktion ein Antrag eingebracht, die Errichtung eines Pflegestützpunktes in Ingolstadt zu prüfen. Die CSU-Fraktion möchte dieses Ansinnen wieder aufnehmen. Von Seiten der Bezirke gibt es nun konkrete Pläne, in ganz Bayern die Einrichtung von Pflegestützpunkten vor Ort zu befördern. In diesem Sinne haben unter anderem der Hauptausschuss des Bayerischen Bezirkstags und der Präsident des Bayerischen Bezirkstags, sowie des Bezirkstags von Oberbayern, Josef Mederer, die Errichtung von unabhängigen Pflegestützpunkten in den Kommunen in den letzten Wochen öffentlich deutlich gefordert.

Der demographische Wandel wirkt sich erheblich auf die Lebenserwartung und Pflegebedürftigkeit aus. Mit der höheren Lebenserwartung der Menschen steigt auch das Risiko, pflegebedürftig zu werden und die Wahrscheinlichkeit, an mehreren Erkrankungen gleichzeitig zu erkranken. Dies führt zwangsläufig dazu, dass die Nachfrage nach professionellen ambulanten und stationären Leistungen zunimmt. Mit einem Pflegestützpunkt soll den Bedürftigen eine unabhängige, fachlich kompetente und individuelle Beratung zur Verfügung gestellt werden. Dabei sollen nach dem Ansinnen der Bezirke unter Beteiligung von Vertretern der Krankenkassen, der Kommunen, der Träger der freien Wohlfahrtspflege, der Arbeitsvermittlung und von Patienten- und Angehörigenvereinigungen alle Aspekte rund um das Thema Pflege beleuchtet werden können.

Für die CSU-Stadtratsfraktion

gez.

Patricia Klein

Fraktionsvorsitzende